

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitstage 30 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelort 17. Fernru. 3360 und 3357. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 27

Duisburg, den 5. Juli 1924

25. Jahrgang

Volkswohlfahrt oder Sonderinteressen

Weit vorausschauend hat einmal Bismarck den Gedanken ausgesprochen, daß die Staatspolitik keine Kreuzung durch wirtschaftspolitische Zielsetzung ertragen könne, man müsse in einem solchen Falle den Wirtschaftskräften „den Raum anlegen“. Das Wort gewann in dem Maße an größerem Wahrheitsgehalt, je mehr private, rechtliche und privatwirtschaftliche Organisationen entstanden, in deren Händen sich eine ungeheure wirtschaftliche Macht konzentrierte, die in manchen Fällen weiter ging als selbst die des Staates. Das Emporsteigen dieser Organisationen brachte geradezu eine Umwälzung unseres gewohnten Staatsbegriffes. Der einheitlich rechtsprechende und rechtsverwirklichende Staat, der mit Zwang gebietet und gebietet muß, der die Wirtschaft trägt und stützt, für den inneren Frieden und den sozialen Ausgleich tätig sein muß, wird im Kern geschwächt durch die wirtschaftlichen Republiken, Herzogtümer oder Kondottierherrschaften und die „Hausmachtspolitik“ jener Verbände. Es ist in unseren Tagen wiederum das Wort von der „Aufschiebung des Staates“ gefallen, das zwar (Gott Dank!) verflüchtigt ist, aber das die Tendenz des Weges anzeigt, wohin die Hausmachtspolitik der Wirtschaftsmächte führen wird. Sie sind Staaten im Staate geworden, die Abhängigkeit großer Massen und ganzer sozialer Schichten von diesen Wirtschaftsmächten und die Schwäche unseres gegenwärtigen Staatswesens sind die Grundlagen der weitreichenden Souveränität jener Organisationen.

Ob das tragische Geschick der Wirtschaftspolitik oder ob ein feinerfühltes Herz langjähriger Vorbereitung und rücksichtslosen Zupackens das deutsche Volk im ganzen letzten Jahr in innerer Zermürbung hineintauschte, lassen wir dahingestellt; sicher ist, daß die deutschen Wirtschaftsmächte in dem Augenblicke den allgemeinen Staatsgedanken und Volksgemeinschaftsgedanken beiseite schieben, als der Staat infolge des Abgekämpfenseins in der Ruhraktion und in ständigen Fiebern innerer Unruhen nicht aus noch ein mußte.

Das Ende der Ruhraktion brachte die vollkommene Schwäche der Regierung, die Altemat der Arbeiterchaft und auch die enger werdende Kraft der Wirtschaftsmächte klar in die Erscheinung. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß in den Monaten Oktober bis Januar 1924 die Wirtschaftsmächte (Industrie, Handel, Bankwelt) weitaus stärker waren als der Staat und durch die Beherrschung des obersten Kreditinstitutes, der Rentenbank, tatsächlich den Gesamtstaat, den wir seit 1918 haben, auseinanderzuteilen sich anfangen. Daß sie im eigenen Interesse eine Bonanzierung des Staatshaushaltes wünschten, eine Steigerung der wirtschaftlichen Erträge und eine Intensivierung der Arbeitsleistung, die gegenüber der Friedenszeit um 40 Prozent zurückgegangen war (im einen Beruf mehr, im anderen weniger) bedarf keiner Erläuterung und war auch vom Arbeiterstandpunkt aus gesehen eine Notwendigkeit.

Hätten die Wirtschaftsmächte nur das gewollt und hätten sie in der Hebung der gesamten Wirtschaft in gemeinsamer Arbeit mit den Gewerkschaften ihr Ziel gesehen, würde jeder Einsichtige das begrüßt haben. Aber sie wollten etwas anderes. Sie wollten vorerst die Gewerkschaftsbewegung als die Arbeiterinteressenvertretung treffen, aber dahinter auch den sozialen Staat. Sie wollten sich dem Schlichtungswesen „selbst mit Gewalt widersehen“ (Guganheimer), das Betriebsrätewesen sabotieren, das Tarifwesen illusorisch machen, die Gewerkschaften „enot out“ schlagen und den Hauptstamm auf das Reichsarbeitsministerium als der sozialen Institution im sozialen Staat lenken. Es handelte sich bei dem Ringen darum, den Staat in seine Nachwachsterrolle hineinzubringen, die er hinsichtlich des Arbeiterchutzes in der Weira Stumm so „erfreulich“ ausgeführt hatte und dem liberalmanchesterlichen Gedanken zum Siege zu verhelfen. Es tauchte die primitive Meinung von hobbes seitig wieder auf, daß die Wirtschaft die Summe der in ihr zur Erscheinung kommenden Produkte sei. Die Wirtschaft ist aber nicht nur ein materieller Produktionsprozess, sondern ein lebensvoller Organismus, in dem man ebensowenig wie in einem Körper einzelne Glieder rücksichtslos auf Kosten anderer ausbeuten kann. Rein Staat, der davon überzeugt ist, daß seine beste Kraft die im Volke ruhende Arbeitsintensität, der Wille, die Tatkraft ist, wird es zugeben, daß das edelste Produktivkapital, die Arbeitskraft, durch Raubbau geschädigt wird.

Damit ist nicht gesagt, daß die Arbeitskraft nicht intensiv in Zeiten der Not angespannt werden muß, und daß auch die Arbeiterchaft sich den Luxus eines mangelnden Arbeitseifers nicht leisten kann, weil sie die Folgen am eigenen Leibe zu spüren bekommt in Gestalt teurer Waren. Wogegen sich die Arbeiterchaft und auch der soziale Staat mit Recht wehren, ist das Verlangen der Wirtschaftsmächte zur Sabotage des Arbeiterchutzes und des einseitigen diktatorischen Vorgehens gegen die Sozialpolitik.

Der Weg der Sozialpolitik

Ueber die Grenzen der Sozialreform ist schon vor dem Kriege vieles gesprochen und noch mehr geschrieben worden. Solche Grenzen haben damals vornehmlich solche Leute aus Theorie und Praxis, die insbesondere den Maßnahmen der staatlichen Sozialpolitik, dem Arbeiterchutz und der Sozialversicherung weniger mit Begeisterung als hartem kritischem Sinn oder gar beschränkter Abneigung gegenüberstanden. Ihre Ausstellungen konnten zumal wenn sie stark zu verallgemeinern pflegten, nicht als objektiv angesehen werden.

Eher dürften schon die Hinweise Beachtung beanspruchen, die die Notwendigkeit einer Begrenzung sozialreformistischer Maßnahmen mit der Rücksichtnahme auf unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt begründeten und die letztere kurz vor dem Kriege bereits stark beeinträchtigt fanden. In der Tat konnte derartig motivierten Einwänden eine bestimmte Begründung nicht abgeprochen werden. War doch in den letzten Jahren vor dem Kriege die Situation für Deutschlands Industrie und Handel so, daß bei verteuertem Rohstoffbezug eine wachsende Schwermung des Absatzes durch neu aufstrebende Industrieländer drohte, zumal wenn bei diesen eine steigende Versorgung der inländischen Märkte durch eine eigene Industrie mit einherging. Die Folge des wachsenden Konkurrenzdruckes war auch ein Druck auf die Preise der den Weltmarkt suchenden Ausführwaren. Je

Es muß leider über das deutsche Unternehmertum, dem auch der schärfste Gegner eiserne Pflichttreue, riesigen Arbeitseifer und in einer Anzahl Wertigkeiten geniale Intuition nachrühmen muß, das Urteil gefällt werden, daß ihr psychologischer Weltbild, ihre Einstellung auf die seelischen und kulturellen Bedürfnisse der Arbeiterchaft mangelhaft und von einer für die deutsche Wirtschaft beklagenswerten Enge sind. Ohne Zweifel tragen an der scharfen Klassenkämpferischen Einstellung die Syndici der Arbeitgeberverbände ein gerütteltes Maß Schuld und sie stehen in ihrem Klassenkampfgedanken als Antipoden des Sozialismus da, den sie angeblich bekämpfen, in Wirklichkeit aber nur fördern. Wir, als christliche Gewerkschaftler, sind für eine innere Arbeitsgemeinschaft, aber nur für eine solche, die die kulturellen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterchaft auch bejaht. Wir hoffen, daß auch der Tag einmal kommen wird, wo das Unternehmertum innerlich sozial denken lernt und in einer gewissen Solidarität zu dem wirtschaftlichen Kontrahenten, dem Arbeiter stehen wird, so sehr auch heute noch die Hoffnung darauf in der Gegend des Gefrierpunktes herumpendelt.

Die Schwäche des gegenwärtigen Staates hat es nicht verhindern können, daß die Wirtschaftsmächte über die dauernden Wohlfahrtsgrundlagen nach einseitig - privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verfügen wollen, und in dem Maße mehr, je größer auf der anderen Seite der Radikalismus anwächst. Die Erfahrungen im neunzehnten Jahrhundert und besonders zu Beginn des zwanzigsten, haben gezeigt, daß die Ueberordnung der Wirtschaftskräfte über Volksgesundheit, Volksgesittung und politische Daseinsicherung des Volkes letzten Endes den Bestand von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft selbst gefährdet. So wenig eine Staatspolitik der Unterkapitalisation der Wirtschaft ruhig zu sehen darf, noch weniger darf sie der Unterordnung der Bevölkerung tatenlos zuschauen. Aber was soll man dazu sagen, wenn das Unternehmertum zwar der Bevölkerung Arbeit und hohen Lohn geben, ihnen aber dafür ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rechte nehmen will?

Ist das der Dank dafür, daß in neuen Monaten schweren Ruhrkampfes die Arbeiterchaft ausharrte, daß schwerste Opfer verlangt wurden, und Tausende in Verbannung gehen mußten? Ein Staat, der solchen Eingriffen von Wirtschaftskreisen gegenüber nicht müde, was er zu tun hätte, wäre freilich reich für den Verfall.

Jedes Staatsleben, das nicht getragen wird von der Summe aller in ihm tätigen Kräfte und wirkenden Gruppen, das sich lediglich aufbaut auf vorhergehende Sonderleistungen privilegierter Klassen ist innerlich morsch, mag es Sowjet-Rußland oder anderswo heißen. Ebenso kann der Ertrag der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht fast ausschließlich zu Gewinn- oder Erwerbszwecken gewisser wirtschaftlicher Mindergruppen dienen, sondern muß in erheblicher Form der Gesamtheit zufleßen, als es zum Beispiel in dem wirtschaftlich blühenden Deutschland der Vorkriegszeit geschehen ist, wo man Volkswirtschaftsbestrebungen, Wohnungsreformen, Siebelungswesen um zu Gunsten eines äußeren blühenden Scheines vernachlässigte. Vieles ist unwiederbringlich dahin. Wir können uns nicht der Hoffnung hingeben, als ob wir in einer Generation wirtschaftlich und politisch das Erbe von 1918 ausmerzen können. Die Arbeiterchaft muß wissen, daß sie beim Wiederaufbau keine Sonderrechte zu fordern hat, sondern im gemeinsamen Gange mitkämpft und mitringt. Dazu wird sie besonders von den christlichen Gewerkschaften erzogen.

Aber die Gefahr der Sonderrechte und Sonderinteressen ist bei den wirtschaftlich Schwachen immer geringer als bei den wirtschaftlich Starken. Jedermann weiß, daß die Wirtschaft, wenn sie ertragsfähig sein will, prosperieren und Ellenbogenfreiheit besitzen muß, die nicht eingeengt werden darf durch unreife Sozialisierungsbestrebungen. Aber wenn die Wirtschaftsmächte über ihr Gebiet hinausgreifen wollen, wenn sie sich als Staat im Staate fügen, Staatspolitik und gesunde Sozialpolitik ihren Sonderinteressen unterordnen wollen, dann ist es höchste Zeit, um Bismarcks Wort vom „Raum anlegen“ wahr zu machen.

Die Arbeiterchaft aber muß wissen, daß mit der Staatshilfe allein noch nicht viel geschafft ist, wenn die Arbeiterchaft sich nicht in ihren Selbsthilfebestrebungen, den Organisationen rührt. Dem Gleichgültigen und Launen kann auch der beste Staat nicht helfen. Das ist eben der Fehler der Arbeiterchaft gewesen, daß sie sich zuviel auf Staatshilfe und zu wenig auf die eigene Kraft im Verband verließ. Will die Arbeiterchaft wirklich weiterkommen, nun wohl, dann packe sie selbst ihr Geschick an und meißere es. Wenn sie das nicht tun, hat sie kein Recht, sich über eine reaktionäre Sturmflut zu beschweren.

mehr der Konkurrenten, desto mehr mußte jeder suchen, nicht nur durch Qualität, sondern auch durch Billigkeit der Ware den anderen auszustechen.

Immerhin war vor dem Kriege Deutschland ein verhältnismäßig reiches Land; die Aufwendungen für soziale Zwecke waren ein Teil der verkauften Produktionskosten geworden und spielten innerhalb dieser bei dem Streben nach ständiger Herabsetzung durch Ausnutzung aller technischen Fortschritte eine geringere Rolle. Sie wurden bestritten - sagen wir einmal - aus dem Rahmen unserer Wirtschaft.

Heute müssen manche sozialen Aufwendungen der Vorkriegszeit, die, wie schon angedeutet, aus einer blühenden Wirtschaft bezahlt wurden, heute, nach dem verlorenen Krieg und im Zeichen eines gewaltigen Produktionsverfalls, ihren Zweck und Zielen nach anders beurteilt werden, als ehemals. Wenn daher heute wieder in härterem Maße von natürlichen, in der Schwierigkeit der Wirtschaftslage liegenden Grenzen der Sozialpolitik gesprochen wird, so wird man diese Grenzen um so eher als gegeben anerkennen können und müssen, als sie auch von jenen freimütig zugegeben werden, die zu den unentwogenen Vorkämpfern sozialistischer Fortschritte in der Vergangenheit gehörten.

Um so schärfer wird man aber denen widersprechen müssen, die die heutige betrübliche Situation im Sinne einer Ueberkommenheit etwa aller Sozialpolitik egoistisch für sich auszunutzen und da-

In allem Umsatz

erschleibt nun jetzt an wieder unser Verbandsorgan. Schwere Zeiten hat es durchgemacht, und als die Not der Inflation zu stark an das Tor der Gewerkschaften anknöpfte, mußte es auf zwei Seiten ver-ringert werden. Jetzt ist die harte Zeit hoffentlich überwunden.

Kollegen, das vierseitige Verbandsorgan ist ein bedeutender Kostenpunkt, und wenn es heute vielseitig vor euch liegt, so geschieht es aus dem Grunde, unseren Kollegen wieder mehr Material an die Hand zu geben, wieder mehr gewerkschaftliches Wissen zu vermitteln.

Über es geschieht auch mit dem Wunsche, daß unsere Kollegen das Organ eifrig lesen und das Gelesene in die Tat umsetzen bei Agitation und Verhandlung zum Besten unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes.

aus Folgerungen ziehen möchten, dahingehend etwa, als ob es für die nächste Zukunft mit jeder Sozialpolitik größeren Stills vorber sei.

Für uns ist Sozialpolitik nicht etwa bloß eine Frage der Taktik, sondern eine grundsätzliche, die sich aus der Stellung der Wirtschaft in der Wirtschaft ergibt. Gewiß! Sozialpolitik und Wirtschaft gehören aufs engste zusammen und jene hat auf diese in jeder Beziehung Rücksicht zu nehmen. Wissen wir nämlich nicht, um wirklich brauchbare und sozialpolitische Gesetze schaffen zu können, vorher eine gesunde Wirtschaftspolitik treiben? Müßen nicht Arbeit und Verdienst allem Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit und sonstigen sozialpolitischen Forderungen voranzugehen? Wer Sozialpolitik betreiben will, darf die Tragfähigkeit der zur Belastung kommenden Schultern nicht außer acht lassen. Es darf keine Ueberlastung der treibenden Kräfte unserer Volkswirtschaft eintreten, sonst erleidet das Unternehmertum in seiner Initiative, sonst verringert sich für die Arbeiter die Möglichkeit lohnender Beschäftigung.

Ist so eine leistungsfähige Wirtschaft die Vorbedingung für eine jorzgeschrittene Sozialpolitik, so darf aber auch die Bedeutung dieser für die Wirtschaft und deren Durchschlagkraft auf Heimatmarkt und Weltmarkt nicht unterschätzt werden. Die Sozialpolitik kommt, richtig aufgefahrt und betrieben, nicht bloß den Arbeitern zugute. Als Pflege der Volkskraft dient sie der ganzen Nation. Sie sucht diese gegen Raubbau zu schützen und erstrebt Stärkung ihrer Produktions- und Reproduktionskraft, pflegliche Entwicklung des Volkskapitals. So ist Sozialpolitik nicht etwa Liebesgabe für die Bedrückten, sondern Staatsnotwendigkeit, die vom Standpunkte der Selbsterhaltung von Staat und Volk unentbehrlich ist. Sozialpolitik ist lebenstechnische Sicherung.

Darum kann sie - vorläufig wenigstens innerhalb bestimmter Grenzen - auch in Zukunft absolut nicht entbehrt werden. In dem allgemeinen Kreislauf von Rohstoff und Fertigfabrikat in unserer Vorkriegswirtschaft beruhte unsere Stärke auf dem Qualitätsprinzip, auf der Leistung höchster Qualitätsarbeit. Diese aber ist unmöglich ohne Sozialpolitik, welche Qualitätsmenschen heranzubildet.

Unsere Wirtschaftspolitik muß in Zukunft ohne Zweifel in erster Linie auch Produktionspolitik sein. Wir müssen Höchstleistungen vollbringen auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens. Darin liegt unsere einzige Hoffnung und Rettung für die Zukunft. Produktionspolitik gibt es aber nicht ohne Sozialpolitik, die uns lehrt, die menschliche Arbeitskraft zu höchster Arbeitsentfaltung materiell, geistig und sittlich auch tatsächlich zu befähigen. Dazu dient eine wohldurchdachte und wohlabgewogene Sozialpolitik.

Wollen wir aber wieder eine Sozialpolitik großen Stiles, dann müssen wir wieder mehr Raum auf unsere Wirtschaft bringen. Gewinnt die Wirtschaft erst wieder ihre volle Substanz zurück, legt sie wieder Raum, dann dürfte auch wieder die Zeit gekommen sein für eine Sozialpolitik, die sich über die Wirtschaftspolitik hinaus erhebt zu einer umfassenden Kulturpolitik.

Wer treu gedient hat seine Zeit...

Die zur Zeit herrschende Kreditnot, und die damit verbundene Krise wird wie alle anderen Krisen dazu benutzt, die Arbeiterchaft noch weiter zu knebeln. Die Betriebe müssen gereinigt werden! Was man unter dieser Reinigung versteht, zeigt folgender Vorfall:

Die Belegschaft der Firma H. D. Eichelberg & Comp., Jfer, lohn, glaubte ohne Gewerkschaft besser zu fahren.

Besonders waren es die alten schon lange Jahre bei der Firma beschäftigten Arbeiter, die von der Menschenfreundlichkeit der Betriebsleitung so überzeugt waren, daß sie Stütze durch den Verband für überflüssig hielten.

„N bin all so lange bei usem Hiarn, bei dait moi niks. Ich brüide keinen Verband, use Hiarn hat dait saggt, hab dait dui dabo! Ipaar die dat Geld, dou trüatet sit dai Sekretäre doch men en viden Bitt van an.“

So trat denn einer nach dem anderen aus und es waren Ende März nur noch etwa 30 Prozent der Belegschaft organisiert. Jetzt kam der Pferdefuß: Am 28. Mai wurden 18 der ältesten Arbeiter gekündigt, darunter Leute, die schon 50 Jahre und länger im Betriebe beschäftigt waren. Der Betriebsrat suchte zu vermitteln, mit dem Erfolg, daß die Firma wohl die Kündigung bei einzelnen zurücknahm, aber nur insoweit, als mehr Leute gekündigt waren, wie nach der Verordnung über Stilllegung der Betriebe entlassen werden durften. Was jangen nun diese armen entlassenen Leute an? Die Starbroschen, die sie hatten, sind von der Inflation verschlungen. Mittellos und schuklos stehen sie da, obwohl sie noch in der Lage wären, ihre Arbeit zu verrichten, wie ausdrücklich der Faktor der Firma erklärt hat, mußten sie doch den Betrieb verlassen.

Ohne die Organisation hätten alle 18 Arbeiter auf der Straße gelegen. Jetzt konnte die Organisation von der Hälfte das brutale Vorgehen des Werkes abwehren. Hat da vielleicht der Verband keinen Zweck?

Die „vertraulichen Rundschreiben“

gewisser Arbeitgeberverbände haben ihre eigenen Schicksale. Am liebsten läßt es sich übersehen, daß die Arbeitgeberverbände, wenn ihre Rundschreiben über Lohnfragen und Abkündigungen, schwarze Listen usw. unter Ausschluß der Öffentlichkeit wirken. Man möchte doch nach außen hin wenigstens etwas soziale Schminke auflegen. Aber der Teufel zusetzt, wenigstens wird er dafür von manchem Arbeitgeberverband gehalten, hat seine eigenen Launen, und da der Wind bekanntlich bläst wo er will, weht er in nicht zu unterschätzender Vorurteilshetze obengenannte Schreiben häufig auf den Tisch der Gewerkschaftsredaktionen und das ist erfreulich, daß in der Zeit der sozialen Reaktion wenigstens der bekante günstige Wind den Gewerkschaften noch hold gesinnt ist.

Aber das ist den Arbeitgeberverbänden sehr gegen den Strich, weil sie nämlich nicht gerne gar zu die auffallen möchten. Deshalb sendet der Fabrikantenverein von Herbolzheim und Umgebung folgendes Rundschreiben Nr. 34 pro 1924 vom 27. Mai 1924 an seine Mitglieder. Ein wichtiges Dokument. Eine Geheimrichtlinie für Geheimjuristen! Über der Arbeitgeberverband Herbolzheim hat seine Rechnung ohne den „günstigen Wind“ gemacht und so lag auch diese Geheimrichtlinie auf unserm Tisch.

Das Rundschreiben lautet an der wichtigsten Stelle:

2. Betr.: Rundschreiben über Lohnfragen und Abkündigungen. Zu unserm Bedauern müssen wir von einem Mitglied erfahren, daß schon wieder mal ein Rundschreiben obenbezeichneten Art in die Hände der Gewerkschaften gefallen ist. Wir müssen daher nochmals nachdrücklich bitten, daß auf diese Rundschreiben besser acht gegeben wird, denn wir haben keine Lust, uns diesbezüglich mit den Gewerkschaften immer wieder auseinanderzusetzen.

Kellern, ehrt diesen Schmerz! Sollen wir vielleicht dabei abseits stehen? Nein, wir sprechen dem Fabrikantenverein Herbolzheim und seinem Geschäftsführer Dr. Kleinig in obiger Sache unser tiefgefühltestes Beileid aus.

Ja, die Welt ist schlecht und es hat sich bekanntlich überall gezeigt, daß der beste Unternehmer nicht in Frieden leben kann, wenn es den bösen Gewerkschaften nicht gefällt. So auch in Herbolzheim, im Sauerland, im Ruhrgebiet, an der Westfront. Wie gut hätten es die Arbeiter z. B. bei Herrn von Stal oder Kleinig, wenn diese mit Gewerkschaften nicht wären. (S. Notiz: „Wer treu gedient hat seine Zeit“). Gewerkschaften bessert euch! Aber ach, wir glauben, da ist Hopfen und Malz verloren, sie gönnen Dr. Kleinig, Kleinig und Stal keine Ruhe, sie wollen nach wie vor die Interessen der Arbeiter vertreten und das ist äußerst betrüblich — für manchen Arbeitgeberverband.

Schiedspruch Nordwest — verbindlich

Ueber den abgelehnten Schiedspruch in der Metallindustrie fanden unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Mewes am 24. Juni in Hamm Einigungsverhandlungen statt, die nach fünftägigen Beratungen ergebnislos verliefen. Das Reichsarbeitsministerium hat daraufhin den Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Diese Verbindlichkeitsklärung ist auf tiefste zu bedauern, weil damit die unmen schliche Arbeitszeit der Hochlohnarbeiter usw. vorerst bis zum 31. Oktober d. Js. verlängert werden soll. Wenn Arbeiter durch das Zweischichtensystem nur 4 bis 7 Sonntage im Jahr von der Arbeit frei sind, so ist das selbst ihres Volkes unwürdig, daß sich unter der Krute eines erbarmungslosen Feindes befindet.

Die Metallarbeiterverbände werden zur Lage erneut Stellung nehmen. Wir kommen in der nächsten Nummer ausführlich darauf zurück.

Der deutsche evangelische Kirchentag zur Sonntagsruhe

Von R. Duden, Duisburg.

Der deutsche evangelische Kirchentag, die parlamentarische Gesamtsitzung aller deutschen evangelischen Landeskirchen mit 40 Millionen Seelen, fand bei seinen vom 13. bis 17. Juni in Bethel bei Bielefeld stattgehabten Verhandlungen im Zeichen sozialer Gegenwartsfragen. Nach einem grundlegenden Referat von Prälat D. Dr. Schoell Stuttgart über „Berufsethik und Arbeitsleben“ wurde eine Rundgebung an das deutsche evangelische Volk beschlossen, die zu Fragen des öffentlichen Lebens, Besitz, Arbeit, Beruf, Wirtschafts-

leben und Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Stellung nimmt.

Neben dieser allgemeinen Rundgebung, auf die wir in der nächsten Nummer zurückkommen werden, beschäftigte sich der Kirchentag mit einer Einzelfrage aus dem praktischen Arbeitsleben, mit einem Antrag betr. Sonntagsruhe. Dem Antrag lag die gegenwärtige Arbeitszeitregelung in den auch Sonntags durchgehenden Betrieben der Rhein-Weiß-Größereisenindustrie zugrunde. Man hat hier z. B. an den Hochöfen zum Teil das sogenannte „Dommeldinger System“ eingeführt, wonach nicht mehr der siebente, sondern der neunte Tag der Ruhezeit ist, so daß im Jahr zwar etwa 40 Ruhetage (365 : 9 = 40 2/3) vorhanden sind, jedoch fallen diese Ruhetage nur 5 bis 6mal im Jahr (40 2/3 : 7 = 5 2/3) auf einen Sonntag. Teilweise ist man auch zu der vor dem Kriege üblich gewesenen ununterbrochenen 24stündigen Schicht an Sonntagen zurückgekehrt, die dann von jedem einzelnen beteiligten Arbeiter 26mal im Jahr geleistet werden muß.

Diese Zustände wurden im „Sozialen Ausschuß“ des Kirchentages, dem Persönlichkeiten aus allen Ständen, auch der Industrie nahestehende Herren, sowie außer dem Verfasser zwei weitere Mitglieder unseres Verbandes angehörten, eingehend erörtert und es wurde einstimmig folgende Entschliessung gefaßt, die dann auch auf dem Kirchentag einstimmig Zustimmung fand.

1. Der deutsche evangelische Kirchentag fordert auch in den wirtschaftlichen Krieten der Gegenwart die Durchführung der gottgewollten Sonntagsruhe für jedermann und die Ermöglichung des Besuchs des sonntäglichen Gottesdienstes auch für die Industriearbeiter. Damit die sittlichen Grundlagen des Volkslebens, Persönlichkeit, Familie und Gemeinschaftsleben, nicht zerrüttet werden.

Alle staatlichen und sonstigen Maßnahmen, die die Sonntagsruhe verhindern oder schwächen, sind mit größter Beschleunigung nachdrücklich auf ihre unbedingte Notwendigkeit zu prüfen. Insbesondere müssen sofort Maßnahmen getroffen werden, durch welche die Arbeitszeit in durchgehenden Betrieben, soweit sie an Sonntagen nicht unterbrochen werden kann, so geregelt wird, daß sie den Erfordernissen der Sonntagsruhe im notwendigen Umfang entspricht. Dabei ist die vielfach wieder eingeführte ununterbrochene 24stündige Schicht an Sonntagen entgültig zu beseitigen. Auch der Erlass des Preussischen Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 18. Januar 1924, welcher die Einführung des sogenannten „Dommeldinger Systems“ ermöglicht, darf nicht über seine Abfassungzeit — 1. Juli 1924 — verlängert werden, denn nach diesem System hat jeder beteiligte Arbeiter im Jahr nur etwa 5 bis 6 Sonntage frei, an den übrigen 46 bis 47 Sonntagen eine 12stündige Arbeitszeit.

2. Der Kirchentag ersucht den deutschen evangelischen Kirchenausschuss, diese Entschliessung unverzüglich den zuständigen Reichs- und Staatsbehörden mitzuteilen und nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß sofort wirksame Hilfe geschaffen wird.

Diese ebenso entschiedene wie erfreuliche Stellungnahme des Kirchentages hat bereits ein mehrfaches Echo gefunden. Der „Kirchlich-sozialer Bund“ und die „Soziale Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland“ erheben ihre Stimme. Der Gesamtverband evang. Arbeiterinnenevereine Deutschlands sagt in seiner Entschliessung u. a.: „Es ist dringend nötig, daß der Arbeiter wenigstens am Sonntag ganz familiäres sein und sich auch voll der Erziehung seiner Kinder widmen kann. Nur durch recht gepflegtes christlich-deutsches Familienleben kann unserm Volke vor allem in seinem heranwachsenden Geschlecht die seelische und geistige Kraft gegeben werden, deren es zu seinem inneren Aufstieg bedarf.“ Von weiteren Stimmen werden wir demnächst Notiz nehmen.

Die Entschliessung des deutschen evangelischen Kirchentages ist von seinem ausführenden Organ, dem deutschen evangelischen Kirchenausschuss, bereits an den Reichsarbeitsminister, Reichswirtschaftsminister, Reichsinnenminister, Handelsminister, Kultusminister, Reichstag und Landtag weitergegeben worden.

Für diese Unterstützung unserer berechtigten Forderungen durch die höchste Vertretung aller evangelischen Kirchen Deutschlands können wir nur dankbar sein.

Bischof und Scharfmachertum

Mit erfreulicher Deutlichkeit hat sich kürzlich der hochw. Herr Bischof von Hildesheim, zu den sozialen Zeitfragen geäußert. In einer Veranstaltung der katholischen Arbeitervereine nahm er wie folgt das Wort:

„Ich will nicht eingehen auf so manche Erscheinungen, die zu ernstlichen Bedenken Anlaß geben, denn diese Bedenken liegen nicht

auf Ihrer Seite, sondern auf jener Seite, wo man oft so wenig Verständnis dafür hat, was der christliche Arbeiter verlangen muß, auf Seiten einer in weiten Kreisen völlig entchristlichten Unternehmerschaft, die kein Interesse für die Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft besitzt. Und doch muß jeder Zwang beiden Parteien schaden, und wenn wir es bedauern, daß in der Revolutionszeit von Seiten der sozialistischen Arbeiterschaft die Notlage des Volkes ausgenutzt wurde, so muß man doch mehr bedauern, daß es heute in umgekehrter Weise geschieht.“ Der bischöfliche Redner gab den Arbeitern den Rat, die Rechte ihres Standpunktes mit Entschiedenheit zu wahren.

Wir brauchen den Worten des hochw. Herrn Bischofs von Hildesheim nichts hinzuzufügen. Die Kollegenchaft mag sich aber besonders den letzten Satz gründlich einhämmern und die Konsequenzen für ihre Organisation daraus ziehen.

Auch ein Unternehmerrundschreiben

Ein Unternehmerverband hat an seine angeschlossenen Mitglieder eine Anzahl „goldener Regeln“ gerandt, die er zu beachten bittet. Die Regeln heißen:

Erhalte tüchtige Arbeiter durch anständige Mittel dem Gewerbe.

Du hast die Pflicht, in guten und schlechten Zeiten Lehrlinge heranzubilden, damit die Nachfrage nach gelernten Kräften befriedigt werden kann.

Die Lohnsätze sollen auf der Grundlage des Höchstmahes festgesetzt werden, das du zahlen kannst, um deinem Weltberuf begegnen zu können. Der Lohn soll ausreichen, nicht nur, um den Lebensunterhalt zu gewähren, sondern auch, um einen Ueberfluß zu gewähren für Erholung, Fortbildung und Notfälle.

Schaffe Arbeitsbedingungen und eine Umgebung, die der Gesundheit und dem Glück deiner Arbeiter dienlich sind.

Es ist deine Pflicht, zu versuchen, den Standpunkt und die Kräfte, die deine Arbeiter einnehmen oder beschaffen, zu verstehen und ihnen die wirtschaftlichen Grundzüge klarzumachen, nach denen wir unsere Entscheidungen und Handlungen einrichten.

Es ist deine Pflicht, die Arbeit so einzuteilen, daß das Personal dauernd beschäftigt werden kann und Ueberstunden möglichst vermieden werden.

Wo ist der Arbeitgeberverband, der solch ein human klingendes Rundschreiben herausgibt? Wo? Ihr meint in Deutschland? Arbeitgeberverbände? Ihr irrt leider! Das Rundschreiben stammt aus der nordamerikanischen Industrie. Dort tut man wirklich nichts, um der schönen Augen der Arbeiter willen, aber man weiß, wie man den Arbeiter zu behandeln hat, wenn man seine Arbeitsfreude erhalten will. Wir empfehlen den deutschen Arbeitgeberverbänden obiges Rundschreiben als Vorbild, sinfimalen dieselben bei uns über schwarze Listen und Anebelung von Arbeiterrechten nicht viel hinausgekommen sind.

Kommunistische „Reinigung“

Vor kurzem brachte die komm. Arbeiterztg. im Saargebiet die Notiz, daß unter anderen, auch der Gewerkschaftssekretär Kottfuchs, der Leiter der Ortsverwaltung Dillingen des sozialist. Metallarbeiterverbandes aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden sei. Als Grund wurde „Schädigung der Parteinteressen“ angegeben. Es dürfte nun doch die Öffentlichkeit interessieren, worin diese Schädigung der Parteinteressen bestand. Bei dem letzten dreitägigen Streit in den Dillinger-Hüttenwerken, kam zwischen der Verschiebung und den Organisationsvertretern eine Einigung zustande, wobei die Arbeiterschaft ihr Ziel erreichte. Die Vertreter der Organisationen gaben darauf die Zusicherung, daß sie der Belegschaft die Annahme der Abmachungen empfehlen würden. In den Verhandlungen nahm außer den Organisationsvertretern auch der Arbeiterausschuss, der sich zu 2/3 aus Kommunisten zusammensetzt, teil.

Keiner dieser Tapferen hatte gegen die Abmachung — der Belegschaft das Ergebnis zur Annahme zu empfehlen — etwas einzuwenden. Am nächsten Morgen bei der entscheidenden Versammlung redete einmal ausnahmsweise außer dem Obmann, keiner der anwesenden Kommunisten, sondern sie verhielten sich roßfandig ruhig und ließen von unserm Kollegen Hagedorn sowie Kottfuchs vom sozialistischen Metallarbeiterverband der Belegschaft das Ergebnis zur Annahme empfehlen. Als darauf mit gewaltiger Stimmenerhebung die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen war, begann die Dege gegen die „Gewerkschaftsbonzen“ und ganz besonders gegen den Sekr. Kottfuchs. Weil Kottfuchs das einzige vernünftige, was in diesem Falle jeder Gewerkschaftsführer tun mußte, getan hatte, deshalb ist er bei den Kommunisten ein Arbeitervertreter und auch aus der Partei herausgeworfen worden. Was hätte den Kommunisten daran gelegen, wenn die Dillinger Arbeiterschaft einige

Aus dem Leben eines Kupferatoms

Von Chemiker Dr. Viktor Kutter.

Der wertvolle Arbeiter, mag er im Bergwerk, auf der Hütte, oder in der Fabrik arbeiten, steht von dem Werdegang eines Metalles oder seiner Verbindungen immer nur einen sehr kleinen Ausschnitt, so daß es für ihn nicht uninteressant sein dürfte, einmal einen Gesamtüberblick über die Entstehung, Verarbeitung und Verwendung eines solchen Metalles zu erhalten. Der leichteren Faßlichkeit wegen wollen wir aber nicht den Weg einer streng wissenschaftlichen Abhandlung einschlagen, sondern lassen ein Metallteilchen selber als Person auftreten und uns sein wechselreiches Geschick erzählen.

Zunächst betrachten wir ein Kupferatom, und verfolgen seine Lebensgeschichte an Hand von Tagesbeobachtungen eines Kupferatoms!

Was ist ein Atom? Das ist ein wissenschaftlicher Begriff, und bezeichnet den kleinsten Teil eines Elementes oder einer Verbindung, mit dem der Chemiker im Laboratorium noch operiert.

Erster Teil.

Wie ich vom Bergwerk zur Hütte kam.

11. März. Heute habe ich unerwartet und ohne darauf vorbereitet zu sein, zum erstenmal das Licht der Welt erblickt. Ich liege jetzt auf einem Abhang in der Sonne und ruhe mich von meinen letzten so aufregenden Erlebnissen aus. Denn was ich seit heute Mittag erlebte, steht in so jäherem Gegensatz zu meinem bisherigen Dasein, daß ich noch ganz sprachlos bin.

Bis heute Mittag ruhte ich mit vielen Tausenden meiner Kameraden tief mitten im Schoße des Berges; ungestört lagen wir seit vielen Jahrhunderten da branten in beständigem Schläfe, bis wir vor einigen Tagen ein regelmäßiges Hämmern und Haden hörten, das immer näher kam . . . und immer näher und lauter wurde, bis uns heute morgen das Schicksal ereilte! Dieses Schicksal kündigte sich an, in Gestalt eines Lichtes, das schon von ferne leuchtete und stetig auf uns zu kam, bis plötzlich ein Mann mit allerhand Werkzeug vor uns stand. Dann kam noch ein Licht, und dann noch mehrere . . . lauter Menschen.

„Laßt uns anfangen, sagte einer, wo ist der Bohrer?“ Und nun begann ein Lärmen und ein Getöse, daß mir Schen und Hören verging. Mit Schippe und Hade, mit Hammer und Meißel, mit allerhand Bohrerwerkzeug rühten sie uns auf den Leib und behandelten uns, als hätten wir der Menschheit das fürchterlichste Leid angetan. Bunk! da hatte ich eins fügen! Und losgerissen von meiner Umgebung kollerte ich einige Meter weit, und blieb an einer dunklen Stelle in der Nähe, matter, eelenallein liegen. Da merkte ich

nun erst, wie elend unsereins ist, wenn man ohne die Vorteile der Zugehörigkeit zu einem größeren Verband so ganz auf sich allein angewiesen ist. Was wird nun aus mir werden?, dachte ich; da tief einer der Männer: „Frisch, gib mal die Schippe her!“ Und fort ging's in einem kleinen Wagen bis zum Fuße des Schachts und von da in rasender Seilsfahrt hinauf über Tage ins goldene Sonnenlicht hinein.

13. März. — Wir wurden in kleine offene Wagen einer Kleinbahn verladen und einige hundert Meter wie Kleinvieh zum Schachthof befördert. Dort wurden wir in eine große schräge abwärts laufende Rinne gekippt, und holtrippelnd ging's hinab in die Wörzer eines Stampfwerks hinein, dessen Dröhnen man bis an die äußersten Enden des Tales vernahm. Hatten einige von uns bisher noch einen jaghaften Rest von Selbstbewußtsein bewahrt, hier wurde er endgültig zerstört . . . wir wurden klein gemacht, Gemüht und zermüht verließ ich diese schauerliche Stampfmühle und lehte meinen Leidensweg fort, indem ich auf einer zweiten schrägen Rinne mühsam weiter bergab rutschte. „Das ist alles zum Dienste und Fortschritt der Menschheit, hörte ich gerade eine tiefe, volle Menschenstimme in der Nähe sagen.“ — Ja, gewiß, erwiderte ein anderer, alles zu Ruh und Frommen der dreihundert Weltkassalisten! . . . Ein Junge begann ein Lied zu singen, das aber von dem Stöhnen und Krächzen auf unserer Rutschbahn verzerrungen wurde . . .

Wie alles im Leben, hatte auch unsere Rutschbahn den lustigen Bergabgang hinter ein Ende, und zwar ein sehr jähes und plötzliches . . . ganz unermutet kürzten wir in ein großmächtiges Wasserbad, das Aufbereitungsbecken, das in gewaltiger Aufregung war, und durch allerhand mechanische Einrichtungen umgewühlt und umgerührt wurde. In dieser schwallen, schäumigen, schammigen Flüssigkeit voll Mut und Lobhude wurde ich zerort um und um gewirbelt, auf und nieder gestochen, gegen die Wände geschleudert oder von andern Erbroden zusammengedrückt, als ob man die Hölle gegen uns losgelassen hätte! . . .

18. März. Ich muß mich in einem langen Schlaf befinden haben. Als ich heute morgen durch ein langes lutes Geräusch aufgeweckt wurde, beand ich mich in einer weichen gehobeneren Gesellschaft, als bisher: ich war nur noch von Erz- und Metallteilen umgeben, und alle erdigen und mineralischen Bestandteile, die sich bisher zwischen uns gemengt hatten, wie ja immer die niedrigen Elemente in die Spätre der höheren einzuordnen suchen, alle diese minderwertigen und zweifelhaften Elemente waren offenbar durch die Tortur des vorhergehenden Tages ausgehoben worden . . .

Wir liegen in der Nähe einer Ladestelle an einem großen, prächtigen Strom, auf dem viele reichverwimpelte Schiffe norüberziehen. 21. März. — Bei wechselndem Wetter wurden die gesamten Erzvorräte in die anliegenden großen Rheinfähren verladen. Der kleinere der beiden Schlepplüge fuhr stromaufwärts, während der größere, bei dem ich mich befand, in ruhiger Talsahrt rheinabwärts schwamm.

23. März. Ankunft auf einem großen Hüttenwerk. — Probeentnahme durch einen Chemiker. Auch ich gehörte zu der Abordnung, die für die Probeanalyse ausgewählt wird! . . .

Zweiter Teil.

Was ich im Laboratorium erlebte.

24. März. Das Laboratorium ist eine eigene kleine Welt für sich. Hier herrscht die Wissenschaft. Was einen zunächst überrascht, sind allerlei sonderbar geformte Apparate aus Glas und Metall, dann die stehend und giftig riechenden Dünste, die Nase und Augen angreifen. Die Chemiker sind Männer in langen weißen Mänteln, die ihre Arbeiten ruhig, bedächtig und wohlüberlegt ausführen. „Hier ist die Kupferprobe, sagte der Chemiker, und überach mich einem andern. „Machen Sie gleich eine Analyse, Herr Richter!“ Dieser nahm mich, betrachtete mich aufmerksam, dröche mich dabei nach allen Richtungen hin und her, und murmelte schließlich vor sich hin: „Kupferkies, Kupferglanz!“

„Hier braucht keine Gesamtanalyse gemacht, sondern nur der Kupfergehalt bestimmt zu werden“, fuhr er nach einiger Zeit fort, „das ist ja sehr einfach.“ — Und er brachte uns in einen kleinen Mörser, und zerrieb uns ganz fein, beinahe fein wie Sonnenstaubchen. Dann nahm er mit einem kleinen Hornöffelchen eine Spitze voll, legte diese Menge vorsichtig auf eine kleine Glaschale und brachte sie auf die analytische Waage, die zum Schuß vor Staub und Luftzug in einem besonders gebauten Kästen aus Glas steht.

Mit einer solchen Waage bestimmt man das Gewicht bis zur vierten Dezimale nach dem Komma, das heißt also bis auf ein Zehntausendtel Gramm genau. Die Tragfähigkeit einer solchen feinen Waage beträgt gewöhnlich fünf bis zehn Gramm; im allgemeinen werden aber selten über zwei Gramm darauf abgemogen.

Unser Chemiker wog zum Zwecke seiner Analyse etwa 0,2 gr. das heißt also etwa ein Fünftel Gramm ab (genau hatte er: 0,2137 gr.), brachte uns dann bis auf das letzte Staubchen in ein Becherglas, übergos uns zuerst mit etwas Salzsäure und fügte dann noch Schwefelsäure hinzu; deckte das Becherglas mit einer Glasplatte zu und lehte es beiseite.

(Fortsetzung folgt.)

Wochen auf der Straße gestanden hätte. Sie führen ja den Streik nicht um etwas damit für die Arbeiter zu erreichen, sondern um Niederlagen zu erleiden, da nach den Moskauer Anweisungen der Weg zum Kommunismus nicht etwa über gewerkschaftl. Erfolge, sondern nur über Niederlagen geht. Das einzig erstrebliche ist, daß sie jeden auch nur halbwegs vernünftigen Menschen aus der Partei heraus werfen, was zu der sichersten Hoffnung berechtigt, daß der verbleibende Rest an geistiger Schwindsucht zu Grunde gehen wird.

Das Chamäleon von Saarlouis

Vor einigen Wochen trat die Belegschaft der Saar-Vöhringer Eisenindustrie (Schraubenfabrik) in Saarlouis II geschlossen in den Ausstand, um sich gegen die menschenunwürdige Behandlung des neuen Betriebsingenieurs Bachert zur Wehr zu setzen. Zur Mustrierung dieses Herrn dürfte folgendes genügen. Als er neben anderen „Neuerungen“ auch die Frühstückspause abschaffte, jagte er dem Bedenken äußernden Meister: „Die sollen meinewegen Sch... treffen.“ Seine geradezu lächerlichen Unternehmungen suchte der neue Herr durch rücksichtsloses und brutales Antreiben zum Erfolge. Bei jeder Gelegenheit wurde Arbeitern und Meistern mit sofortiger Entlassung gedroht. Kurz und gut. Der Betriebschef hatte es innerhalb weniger Wochen verstanden, die Belegschaft derart zu drangsalieren, daß sie sich einmütig zur Wehr setzte und in den Streik trat. Durch den Druck der Arbeiterschaft wurden auch die Meister veranlaßt mit in den Streik zu treten. Der Streik ging dann nach vierwöchentlicher Dauer verloren, weil in der Zwischenzeit gewissenlose Elemente einfach in den Betrieb liefen. Schon gleich nach Ausbruch des Streiks kam der Name dieses brutaler Betriebsingenieurs einigen Leuten sehr bekannt vor. Es wurden dann Erkundigungen eingelegt und zwar mit folgendem Ergebnis:

Der Deutsche Werkmeisterverband, Bezirksverein Hagen, triffte dem Bezirksverein des gleichen Verbandes in Saarbrücken unter anderem mit:

„Es ist richtig, daß Bachert ca 1 1/2 Jahr beim hiesigen Arbeitsamt tätig war und der K. P. D. angehörte. Er hat in seiner hiesigen Tätigkeit eine sehr radikale Stellung gegen die Arbeitgeber eingenommen und die kommunistische Betriebsräte-Zentrale eifrig propagiert und selbst Vorträge gehalten. Aus diesem Grunde war es ihm nicht möglich hier eine Stellung zu erhalten und wurde er deswegen von einigen Freunden beim Arbeitsamt untergebracht.“ Das Hagen-Organ der K. P. D. die „Wolfsstimme“ schreibt in ihrer Nummer 121 unter anderem folgendes: „Augenblicklich kehren die Meister und Arbeiter der Firma (gemeint ist obengenannte Saarlouis-Schraubenfabrik D. W.) im Streik, um sich gegen die rigorose Behandlung durch den Ingenieur Bachert zu wehren. Bachert wird vielen Hagen-Genossen bekannt sein. Er war im Kapp-Putsch einer von denen, die sich nicht radikal genug gebärden konnten. Er scheint den Zug der Zeit begriffen zu haben und versucht sein Glück nun auf der anderen Seite.“

Es wurde weiter festgestellt, daß Bachert Mitarbeiter der roten „Betriebsrätezeitung“ war.

Was soll man nun dazu sagen, wenn dieser radikale kommunistische Herr Ingenieur sich auf der Fahrt von Hagen bis Saarlouis zu einem Arbeiterschinder schlimmster Sorte entwickelte? Doch wir brauchen uns bei diesen kommunistischen „Fürs Geld Rednern“ über nichts mehr zu wundern. Der frühere kommunistische Gewerkschaftssekretär und heutige gelbe Schicksmeister Müllenbach, der nach seiner eigenen Aussage früher nur fürs Geld kommunistisch geredet und sein eigenes radikales Gewerbe selbst nicht glaubte, hat an dem früheren „Edekommunisten“ Bachert aus Hagen ein würdiges Gegenstück gefunden. Scharfmacherei, Selbstucht und Linksradikalismus liegen alle auf einer Linie.

Wirtschaftsrundschau

Unsere deutsche Volksbank A. G. Gründung und Bank des deutschen Gewerkschaftsbundes, deren Zweck neben wirtschaftlichen Zielen im Sinne der Gemeinwirtschaft die Unterstützung der christlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung ist, hat vor einigen Tagen ihre Hauptversammlung abgehalten. Der Gewinn im abgelaufenen Geschäftsjahr setzte sich zusammen aus: Zinsen 454.404, Gebühren 227.823, Wertpapieren 60.241, Dividenden 81.105 Bll. Mk., während die Handlungskosten 94.613 Bll. Mk. beanspruchten. Die Gesellschaft konnte trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse im Berichtsjahr ihr Vermögen voll erhalten, so daß das eingezahlte Grundkapital keine Herabsetzung erfährt. Im Hinblick darauf hat die Verwaltung auch beschlossen, die Spareinlagen entsprechend dem Goldmarkbetrag am jeweiligen Tage der Einzahlung in voller Höhe aufzuwerten. Zur Durchführung der Aufwertung werden aus dem Reingewinn von 728.961 Bll. 528.961 Bll. Mark einer Sparmitglieder-Aufwertungsrechnung zugeführt, während der Rest von 200.000 Bll. Mark den nicht gezeichneten Rücklagen überweisbar werden soll.

Die deutsche Handelsbilanz schloß für April mit einem Einflusüberschuss von 321 Goldmarktionen ab. Seit Anfang dieses Jahres haben wir leider eine Passivität von rund einer Goldmilliarde in der Handelsbilanz zu verzeichnen. Wir setzen auf großen Warenlagern, fördern den Innenverbrauch zu hohen Preisen selbst mit Hilfe teurer Kredite und geben es allmählich auf, durch Förderung der Ausfuhr zu Konkurrenzpreisen, gute Dividenden herbeizujubeln, um unsere Zahlungsbilanz zu verbessern. Die Lebenshaltung im Mai hat bezeichnenderweise gegenüber April noch eine Verteuerung um 2,7 Proz. erfahren. Kreditrestriktionen, ordnungsmäßige Konkursverfahren, Goldmarkbilanzen, scharfer Preisdruck, ja Verkauf unter Einstandspreisen und dann schärfste Preiskontrollen, sind unerlässliche Dinge. Alle Barsummen müssen unverzüglich dem ordnungsmäßigen Wirtschaftsverkehr zugeleitet werden.

Die Konurse nehmen jetzt von Monat zu Monat eine größere Gestalt an. Ohne Zweifel ist aber auch der Markt gegenüber der Friedenszeit überflutet. Während die Produktionsbetriebe gegenüber 1913 kaum um 10-15 Prozent zugenommen, ist die Zahl der Handelsbetriebe um 200-300 Prozent trotz der zurückgegangenen Wirtschaft gestiegen. Dadurch haben sich vielfach die überaus hohen Preise ergeben. Infolge der Kreditnot können viele Händler nicht mehr mit. Im März und Mai 1923 hatten wir im ganzen Reich 58 und 32 Konurse zu verzeichnen, im April und Mai 1924 139 und 326 Konurse. Im Frieden waren durchschnittlich 1000 Konurse pro Monat zu verzeichnen.

Die Vereinigten Staaten haben keine Kreditnot, sondern Kreditstrom. Tägliches Geld wird in großen Sähen zu 2 Prozent angeboten. Als Schatzgertifikate von 150 Millionen Dollar und 6 Monate Laufzeit zu 2,7 Prozent Zins ausgegeben wurden, zog man sich darum. Aber gerade diese ungeheure Flüssigkeit des Geldes macht den Wirtschaftlern große Sorgen und man bemüht sich so schnell als möglich Abflussumittel zu schaffen. Ihr meint nach Deutschland? Das wäre wünschenswert. Aber ein Land, das ein ausländisches Kapital zu erhalten, die risikolosen Zinssätze von 50-60 Prozent verpönt, sagt dadurch schon, daß man sich in ihm wirtschaftlich faul ist. Und doch bleibt uns zur Gesundung kein anderer Weg übrig, als ausländisches Kapital zu erhalten suchen.

Das 10 000 000. Ford-Automobil. Am 4. Juni wurde in den Ford-Werken das 10 000 000. Automobil Modell „T“ fertiggestellt. Der erste Wagen wurde am 1. Oktober 1908 vollendet, und es dauerte 7 Jahre, bis die erste Million erreicht wurde. Die letzte Million Wagen wurde in 132 Arbeitstagen hergestellt. Das bedeutet eine tägliche Produktion von 7575 Stück. Alle 10-12 Sekunden also wird in den Ford-Werken ein neuer Wagen vollendet.

Aus den Gewerkschaften

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands hielt in den Tagen vom 9. bis 11. Juni in Barmen seine 8. Generalversammlung ab. Der Verband zählte am letzten Jahresabschluss 115 716 Mitglieder, die sich auf etwa 500 Ortsgruppen verteilten. Von den 115 716 Mitgliedern waren 42 546 männliche und 37 215 weibliche Mitglieder. Die Bestände der Verbände wurden, wie fast in allen Verbänden, ein Opfer der rasenden Geldentwertung. Ein Teil des Verbandsvermögens konnte durch werblichbändige Anlegung vor der größten Geldentwertung geschützt werden. Ende Dezember 1923 betrug das Verbandsvermögen des Hauptkassens 45 732,54 Mark. Der Verband war Ende 1923 an 95 Tarifverträgen beteiligt. Zu diese wurden im Jahre 1923 1315 Lohnabkommen getätigt. Der Verbandsrat nahm einen äußerlich hervorragenden und innerlich ermüdeten Verlauf. Der christliche Textilarbeiterverband steht auch heute stark und geschlossen da.

Der christliche Holzarbeiterverband beging zu Pfingsten das Fest seines 25jährigen Bestehens. 1899 leitete der Kollege Stegerwald die Geschicke des jungen Verbandes, dessen Leitung aber schon bald in die Hände des Kollegen Kurtscheid überging. Der christliche Holzarbeiterverband hat es im Laufe der Zeit verstanden, sich gegenüber dem großen sozialist. Holzarbeiterverband völlig durchzusetzen. Ohne schwere Kämpfe ging das nicht ab. Aber sie wurden geführt mit dem Schmelz und der Disziplin, auf die der christliche Holzarbeiterverband stolz ist. Wir wünschen unserem Brüderverband auch für die Zukunft nur das eine: Ebenso erfolgreich wie in der Vergangenheit für seine Mitglieder wirken zu können.

Notizen

Die Kreditnot und damit die Wirtschaftskrise glaubten große Kreise unseres Volkes dadurch schnell ihrem Ende zuführen zu können, daß man sich für schleunigste Durchführung des Sachverständigenratens einsetzte. An eine Beseitigung oder auch nur Milderung der Kreditnot ist trotzdem vorläufig nicht zu denken. Die 800 Millionenanleihe, die nach dem Gutachten Deutschlands vom Auslande erhalten soll, haben wir noch nicht und zudem ist sie mit den weiter vorgezeichneten 200 Millionen Goldmark, sowie mit dem

verbleibenden Rest des Goldfundus der Deutschen Reichsbank die Golddeckung der kommenden Goldnote. Da die Golddeckung mit der Sicherungsquote für Depositionen kaum unter 50 Prozent betragen wird, dürfte der Goldnotenumlauf bestenfalls die Höhe des Rentenmarkumlaufts erreichen. Die Rentenmark und die Papiermark aber wird, um jede Inflation unmöglich zu machen, sukzessive aus dem Verkehr gezogen. Die Rentenmarkkredite werden gekündigt und eventuell durch Goldmarkkredite ersetzt. Zur Bezahlung der Sachleistungen an die Gläubiger im Jahre 1924-25 wird der Betrag von 800 Millionen Goldmark von den Kreditnehmern zurückgefordert werden. Wir haben also auch im ersten Jahre kein Moratorium, wie vielfach fälschlich angenommen wird. Die 1000 Millionen Goldmark sind aus der Wirtschaft und von den deutschen Bahnen aufzubringen.

Die Arbeitslosigkeit im Vergleich mit den Arbeitslosenziffern des Jahres 1913 zeigt, daß die Arbeitslosigkeit in allen wichtigen Ländern den Stand des letzten Vorkriegsjahres noch um mehr als das Doppelte übersteigt; am stärksten in Deutschland, das im Februar 1924 die 3,0 fache und im April die 4,5 fache Arbeitslosigkeit des Jahres 1913 erreichte. Am günstigsten liegen Schweden und Dänemark, die 1913 eine größere Arbeitslosenziffer aufwiesen.

Im ganzen ist aber die Zahl der Arbeitslosen seit Januar zurückgegangen. Für die Metallindustrie lauten die Ziffern 1924, Januar 27 Prozent, Februar 28 Prozent, März 22 Prozent, April 16,9 Prozent.

In der Hauszinssteuer hat sich der Arbeiterklasse eine harte Erregung bemächtigt, zumal der ständige Ausschuss des preussischen Landtages eine Erhöhung der Hauszinssteuer ab 1. Juli auf 500 und ab 1. Oktober auf 600 Prozent der Grundvermögenssteuer beschloß. Unser christlicher deutscher Gewerkschaftsbund hat dazu die Ablehnung der drückendsten Mißstände gefordert, u. a. Fortfall der Hauszinssteuer für kinderreiche Familien in wirtschaftlich bedrängter Lage. Die Hauszinssteuer hat in erster Linie den Zweck, die frühere Wohnungsbaubehörde zu ersetzen und Mittel für den Bau von Wohnungen in Form von Goldhypotheken zur Verfügung zu stellen. Die Finanznot hat aber die Länder dazu gezwungen, einen immer größeren Anteil des Aufkommens aus der Hauszinssteuer für andere Zwecke zu verwenden. Vor allem macht es die letzte Beamtengehältererhöhung, die in ihrer Form durchaus unsozial und ein schwerer Fehler der jetzigen Regierung war, nötig, weitere Mittel aus der Hauszinssteuer für Besoldungszwecke zu verwenden, eine Tatsache, die absolut nicht gerechtfertigt werden kann. Da dem Reichsminister der Finanzen bis zum Zusammenbruch des Reichstages gefehlt die Möglichkeit gegeben war, von sich aus die Regulierung der Beamtengehälter vorzunehmen, wurde der Deutsche Gewerkschaftsbund wie die gesamte Öffentlichkeit vor eine vollendete Tatsache gestellt.

Wirtschaftliche Notwendigkeiten

Was trägt die Arbeiterschaft an wirtschaftlichen Notwendigkeiten? Verlängerte Arbeitszeit; gesteigerte Produktion bei verringerter Belegschaft; zurückgegangener Lohnanteil an den Kosten des Produktes; Löhne, welche nicht als faktisch und genügend bezeichnet werden können; Preise, die heute noch weit über Friedensstand sich bewegen.

Was hat das Unternehmertum an wirtschaftlichen Notwendigkeiten geleistet? Die Preise sind gestiegen, die Produktion ist in den letzten Wochen etwas zurückgegangen; Leerlauf und Überorganisation als preisverleuernde Faktoren sind in den meisten Betrieben noch nicht behoben; die Lasten der Reparationen oder der Wicumschritte sucht man auf die Schultern der arbeitenden Schichten abzuwälzen. Wo und wie hat sich die Industrie bemüht, durch billigere Preise wieder auf den Weltmarkt zu kommen. Warum liegen die deutschen Textilien 30 bis 40 Proz. über den holländischen, trotzdem der Rohstoff gleich teuer und die Textilarbeiterlöhne in Holland höher stehen als in Deutschland?

Bei aller Würdigung der Schwere der Kreditnot, welche Industrie, Handel und Gewerbe bedrückt, muß man auch fragen, wäre es soweit gekommen, wenn man nicht unter allen Umständen Preise und Lager selbst bei hohem Zinssatz gehalten hätte in Erwartung der besseren Zeit. Statt bei herabgesetzten Preisen frühzeitig zu verkaufen und für größeren Umsatz zu sorgen, flammerte man sich wie wahnhaft an den Inflationsgrund. Kleiner Umsatz, großer Nutzen. Heute will man der Kalamität entkommen, indem man möglichst viel der Arbeiterschaft aufhakt, verkürzte Löhne, teure Preise. In den Gewerkschaften sieht man die Wurzel alles Übels, die deshalb beseitigt werden müssen.

In der ganzen deutschen Wirtschaft kein großzügiges Denken, kein gewaltiger Plan, sondern nur ein Fortwurseln nach Nachkriegsrezepten. Der „königliche Kaufmann“ scheint tot, die alten Industriekapitäne scheinen müde und die Epigonen scheinen sich leider oft mehr Kopfzerbrechen zu machen um Steigerung der Gehälter, als um Steigerung volkswirtschaftlicher Kräfte. Man klagt über untragsbare Wicumschritte, die ohne Zweifel in der Art und Form wie sie vorliegen, unerfüllbar sind. Als aber unsere Verbandsvertreter bei den Verhandlungen in Essen am 12.13. Juni den Herren der Schwerindustrie den Vorschlag machten, gemeinsam nach Berlin zu fahren, um über eine gerechtere Verteilung der Wicumschritte mit der Regierung zu reden, schwiegen sich die Herren von Stahl und Eisen vollständig aus. Aber ihr Stillschweigen bedeutet ganz etwas anderes als Zustimmung. Warum? War es Mangel an volkswirtschaftlichem Denken, Eingeständnis auf den Augenblick oder hofft man später dem Reich einmal alle in die Rechnung zu präsentieren ohne den „Leihhaber Arbeiter“?

Herr von Borßig schreibt in der letzten Nummer „Der Arbeitgeber“ über „Wirtschaftliche Einsicht“ ein offenes Wort an die deutschen Gewerkschaften. Man soll nicht alles von der Hand weisen, was Borßig in dem Artikel sagt, er ist ohne Zweifel von ehrlicher Absicht und erstem Streben nach vorwärts getragen. Aber die geforderte „wirtschaftliche Einsicht“ heißt heute die Arbeiterschaft im allgemeinen mehr als das Unternehmertum und die Arbeitgeberverbände.

Es zeigte sich das merkwürdige Bild, daß die verschiedenen Gewerkschaften, ganz besonders die christlichen Gewerkschaften ihren Mitgliedern viel mehr die Notwendigkeiten der Wirtschaft vor Augen führten und in ihnen die Ueberzeugung durchtrangen, daß zuerst das Gesamtvolk und dann der Einzelne zu kommen habe als es auf der anderen Seite beim Unternehmertum der Fall war. Und da ist es schon gut, daß wenigstens von Zeit zu Zeit einige Gemütsersparungen für Unternehmer angestellt werden; ob sie viel Erfolg haben, lassen wir vorläufig dahingestellt. Die Kölnische Volkszeitung vom 22. Juni läßt einen führenden süddeutschen Industriellen zu Worte kommen, der sich mit Wirtschaftsfragen befaßt und dabei u. a. folgende bemerkenswerte Ausführungen macht:

„Ein weiterer Hauptfaktor in der Ermäßigung der Selbstkosten unserer Wirtschaft ist dann die Steigerung der Arbeitsleistung. Viele unserer Wirtschaftler sind nun der Ansicht, daß die einfache Beseitigung des Achtstundentages das lang ersehnte

heil bringen werde. Aber alle diese Unternehmer werden sich schwer eintauscht sehen. Das Verlangen und bezahlter Ueberstunden wird auf Seiten der Arbeitnehmer harten Widerstand verursachen und deshalb erfolglos bleiben müssen, selbst wenn durch gesetzliche Maßnahmen der Achtstundentag ganz aufgehoben würde.

Aber auch von der bezahlten längeren Arbeitszeit ist nicht alles Erfolg zu erwarten, da es weniger auf die Verlängerung der Arbeitszeit als auf die Hebung der Arbeitsproduktivität ankommt, wenn man zu nachhaltiger Produktionssteigerung kommen will. Diese Arbeitsproduktivität erzielt man aber nur dann, wenn der ruhige deutsche Arbeiter sich aus seiner Arbeit die Möglichkeit einer sicheren Zukunft zu schaffen vermag. Freude am Erfolg hebt die Arbeitslust der Unternehmer wie die der Arbeitnehmer. Sehen diese, daß sie vom Gewinn des Unternehmens sozial abkommen, daß es für sie unnötig wird, in ewigen Sorgen um die Zukunft zu leben, so werden sie gerne arbeiten und selbst in acht Stunden Steigerung der Erzeugung sicherstellen. Jeder muß sein Scherflein geben, wenn es mit unierer schwer darniederliegenden Wirtschaft besser werden soll, und unsere Unternehmer müssen endlich einsehen lernen, daß nicht nur die Arbeiter Opfer bringen müssen, sondern auch die Unternehmer schon jetzt durch Hebung der Lebenshaltung ihrer Arbeitnehmer helfen müssen, wenn dies auch im Anfang mit persönlichen Opfern verknüpft ist. Lust und Liebe zu einem Ding macht alle Mühe und Arbeit gering. Wenn man aber mit Nahrung Sorgen schwer beladen an die Arbeit gehen soll, wird kein vernünftig Denkender erwarten, daß große Leistungen erzielt werden. Hat dagegen die Masse ihre Befriedigung — und diese ist bei der durch den Krieg und seine Folgen erzielten Herabsetzung der allgemeinen Bedürfnisse leicht zu erreichen —, so wird man zur weiteren Steigerung der Erzeugung im Wege von Verhandlungen sogar Verlängerung der Arbeitszeit für die kommenden schweren Jahre sicher erzielen können.

Man wird nun behaupten, daß die hierfür nötigen Mehrausgaben unbedingt zu weiterer Erhöhung der Produktionsleistung und dadurch zur Verteuerung der Fertigerzeugnisse führen müssen. Dies ist aber gerade das, was vermeiden werden muß, indem unser Unternehmertum seine Kalkulation auf eine richtige Grundlage stellt und von den (bei gut geleiteten Betrieben zur Verfügung stehenden) großen Rücklagen in der Form von Warenanständen durch teilweise Abstoßen Mittel beschafft, die als sogenannte Leistungsprämie den Arbeitnehmern zugute kommen und dadurch eine Mehrleistung erzielen lassen, welche dann von selbst die Herstellungskosten herabdrückt wird. Nicht durch die Arbeitnehmer kann der Anstoß zum Wiederaufstieg kommen, sondern ausschließlich von unserem Unternehmertum, welches es heute in der Hand hat, die Arbeitsproduktivität durch entsprechende Beschäftigung zu heben, so daß dann die erstrebte Mehrarbeit erreicht und auch den bisherigen politischen Querkreuzereien der Kommunisten ein Riegel vorgeschoben wird. Durch das Verlangen einseitiger Opfer der Arbeitnehmer wird man jedoch nichts erreichen. Es ist begreiflich, daß unsere Unternehmer versuchen, möglichst ohne Gegenleistung eine Produktionssteigerung zu erzielen; aber der Erfolg muß daran scheitern, daß hier nur „Leben und Leben lassen“ das Heil bringen kann. Kommt dieser Grundsatz zur Durchführung, gilt das im Tarifvertrag Niedergelegte als Mindest- und nicht als Höchstlohn, so daß also fleißige und tüchtige Leute Zulagen erhalten, so wird sich die Arbeitsleistung schnell vergrößern.

Diese Gedanken des süddeutschen Industriellen üben ohne Zweifel eine gute Basis ab, auf der ein besseres Einvernehmen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft erreicht und eine Beseitigung in der Wirtschaft erzielt würde. Wir möchten nicht hoffen, daß dieser Industrielle mit seiner Ansicht auf weiter Flur allein steht, obgleich es bei der geringen Durchschlagkraft des sozialer gesinnten Unternehmertums gegenüber den Reaktionsbestrebungen der Arbeitgeberverbände den Anschein hat. Die Arbeiterschaft muß sich aber gefaßt sein lassen, daß Renten-Gestalten nur wachsen können auf dem Boden der Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft. Ob sie Abhilfe schaffen will? Das kommt auf ihre Rollen an.

Verbandsgebiet

Bayerische Bezirkskonferenz.

Die diesjährige Konferenz unseres bayerischen Verbandsbezirktes trat — erstmals in Augsburg — am 25. Mai zusammen. Der Vorabend vereinigte schon einen größeren Teil der Delegierten mit den in Augsburg tätigen Kollegen zu einer ebenso schlichten wie herzlichen Begrüßungsfeier. Kollege J m l e r, Augsburg, entbot den Willkommengruß und hob die Bedeutung der Tagung selbst hervor. Kollege K o n r a d, Nürnberg, dankte den Augsburger Kollegen für die Gastfreundschaft, insbesondere für die Beherbergung der Delegierten und wünschte den Konferenzberatungen einen recht fruchtbaren Boden. Von reichem Beifall begrüßt, nahm unser Verbandsvorsitzender Kollege W i e b e r das Wort und beleuchtete unsere Lage an dem 25jährigen Webergang unseres Verbandes. Wenn wir auch heute nach all den Ereignissen im letzten Jahrzehnt schwer zu tragen haben, so waren doch die Verhältnisse vor 25 Jahren außerordentlich primitiv. Die tausendfältig erfolgreiche Arbeit in diesen 25 Jahren trete bei einfacher Gegenüberstellung von einst und jetzt sofort klar in Erscheinung. Nicht nur die vielseitigen materiellen Erfolge unserer gewerkschaftlichen Arbeit auch in der schwersten Zeit gehen dafür Zeugnis, viel mehr noch die heute ganz anders bewertete Stellung der Arbeiterschaft gegenüber 1899, ihr geistiger Aufstieg sei der schönste und größte Erfolg, den sich die Kollegen nie und nimmer verkümmern lassen dürfen. Ohne diesen Erfolg wäre es undenkbar gewesen, daß man in der höchsten vaterländischen Not die Vertrauensmänner aus der Mitte der Arbeiterbewegung selbst zu den obersten Ehrenstellen im Staat berufen hätte. Die christlichen Gewerkschaften holen zugleich den festen Damast, an dem sich die radikale, alles zerstörende Welle immer wieder brach. Gerade in unserer Zeit ist den christlichen Gewerkschaften eine besonders große Aufgabe gestellt. Für die erfolgreiche Lösung dieser Aufgaben gilt es alle Kräfte zu mobilisieren.

Langanhaltender Beifall dankte den bewährten Führer. Im Mittelpunkt der Konferenz selbst stand der Jahresbericht des Bezirksleiters Kollegen K o n r a d, dem folgendes entnommen sei:
Trotz all der unangenehmen Erinnerungen aus dem zurückliegenden Jahre müssen wir den Aktivist, „die reichen Erfahrungen aus 1923“, so auf wie nur möglich für unsere künftige Arbeit auswerten. Das Jahr 1923 stand noch sehr stark im Zeichen der Gewaltanwendung. In Bayern hat der innenpolitische Radikalismus wiederholt triumphiert, um recht bald danach seine innere Schwäche nicht mehr verleugnen zu können. Die rechtsradikale Agitation, die sich gegen die Volksvertretung wendete und gleich den Linksradikalen die Diktatur forderte, führte zum Jahrestag der Revolution zu dem bekannten Hitler-Putsch. Die Gefahr eines Bürgerkrieges konnte noch rechtzeitig abgewendet werden. Uebrig blieb in der Hauptstadt die Erfahrung, daß der Irrwahn der Gewaltanwendung unsere deutsche Not nur noch vergrößern kann, wie wir dies auch nach den Novembertagen von 1918 inzwischen reichlich erfahren haben. Die zahllose Auswirkung des Zusammenbruches unserer Währung (der durch den Ruhrkampf beschleunigt wurde) auf die Löhne und Beiträge ist durch ausführliche Statistik im schriftlichen Jahresbericht festgehalten.

Die Einstellung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes zu dem schweren Kampfe in der jüdischen Metallindustrie im Frühjahr 1922 um die 48-Stundenwoche hat sich nun unzweifelhaft als richtig herausgestellt. Das Wort: „Ein großer Aufwand wird schließlich veranlaßt“ gilt leider auch für diesen Kampf. Darüber hinaus hat dieser Kampf die Position der Metallarbeiter sowohl finanziell wie moralisch außerordentlich geschwächt.

Die gewerkschaftliche Arbeit mußte in hohem Maße auf die zuletzt mögliche Ausdehnung der Löhne an die sinkende Kaufkraft der Mark konzentriert werden. Im Jahresende lagen noch 41 Tarifabschlüsse vor, darunter 2 große, fast 100.000 bayerische Metallarbeiter umfassende Kollektivabkommen. Für jeden der führenden Tarife waren im Berichtsjahre rund 60 Verhandlungstermine bzw. Tage und Nächte notwendig. 14 Streiks und 1 Ausperrung im Berichtsjahre beschränkten sich auf kleinere Gruppen und wenige Tage. Wiederholt waren unter dem Mark-Zusammenbruch selbst die Stundenlohnkämpfe unter 20 Pfennig, in 2 Wochen sogar unter 10 Pfennig gesunken.

Neben dieser Mark-Krise hat die besonders in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres einkehrende Beschäftigungskrise zu zahlreichen Entlassungen (rund 30 Proz.) und zur Kurzarbeit für etwa die Hälfte der Metallarbeiter geführt. Erst das frühe Frühjahr 1924 brachte bei der inzwischen gelungenen Mark-Stabilisierung, vermehrte Arbeitsgelegenheit. Die nunmehr für die Vollarbeiter zwischen 40 und 70 Pfg. liegenden Stundenlöhne und Afforderdienste sind erst erreicht worden, als bereits die Ausperrung in den ersten Tagen für die Provinz-Metallindustrie in Kraft getreten war.

Nach den Erfahrungen des verlorenen Kampfes 1922 machte die Frage der Arbeitszeit keine größeren Schwierigkeiten. Die Verlängerung bis zu 54 Stunden pro Woche ist tariflich gekannt. Bedenklich werden die Lohn- und Tarif-Kämpfe in der letzten Zeit, vor allem durch den gesteigerten kommunistischen Einfluß. Vor allem deshalb, weil die Arbeitgeber in Moskau sich nicht um die Verbesserung der Existenzbedingungen, als vielmehr einzig und allein um das revolutionäre politische Ziel kümmern. Leider hat der schmerzliche Umstand den kommunistischen Drahtziehern viel Material auf die Mühlen gerieben und wir vermehren seitens der Arbeitgeber noch vielfach das Bestreben, im Geiste der Arbeitsgemeinschaft zu wirken. Trotz alledem werden wir in unserem Verband auf dem als richtig erkannten Wege unermüdet weiterarbeiten.

Dazu gehört vor allem auch die Aufwertung und Stabilisierung der gewerkschaftlichen Organisation. Mit Erfolg hat der Christl. Metallarbeiterverband an der Ueberwindung der allgemeinen Krise gearbeitet. Im bayerischen Verbandsbezirk war der Tiefstand im Februar erreicht, und seitdem ist sowohl in der Zahl der Beiträge, wie in der Höhe der Beitragsleistung eine stetige Besserung aufzuweisen. Ende 1923 betrug die Zahl der Mitglieder im Bezirk 11.231, die Zahl der im April verkauften Wochenbeiträge ohne Erwerbslosenbeiträge stieg wiederum auf 33.318. Die Einsicht, daß ohne den Rückhalt der Organisation der Arbeiter schloslos der Willfür der wirtschaftlichen Macht oder dem Mißbrauch durch den politischen Radikalismus ausgeliefert ist, gewinnt mehr und mehr Boden. Auch jene Zeit ist vorbei, wo die sozialistischen Arbeiter spöttlich den christlich organisierten gegenübertraten konnten. Halbwegs vernünftige Arbeiter müssen die ebenso ehrliche, wie entschiedene Interessenvertretung der christlichen Gewerkschaften anerkennen, wie sich auch unser Verband in schwierigen Situationen wiederholt mit Erfolg für die Kollegen eingesetzt hat. Nur noch Dummköpfe versuchen es hier und da mit der alten Maske des Spottes.

Die grundsätzliche Einstellung der christlichen Gewerkschaften aber hat sich in 25 Jahren und insbesondere in der Feuerprobe des letzten Jahrzehnts glänzend bewährt. Mit einem Appell, die von der Menschennatur oder dem Irrwahn Befangenen aufzuklären und den Reichen der christlich organisierten zuzuführen, schloß der mit reichem Beifall angenommene Bericht.

In der Aussprache wurde mit Recht gegen Ueberpreise Stellung genommen, die durch Handels- oder sonstige Romane künstlich herbeigeführt werden. Bei all jenen Bedarfsgegenständen, deren Preise den Wertpreis noch wesentlich überschreiten, müsse der Verbraucher Preisbildung mit einschüdenen Maßnahmen begegnet werden.

Verbandsvorsitzender W i e b e r beantwortete im Schlußwort die gestellten Anfragen und kennzeichnete im größeren Rahmen die gewerkschaftliche Arbeit, die vor allem auf der wirtschaftlichen Benutzung basieren müsse, alles andere sei Bankrott. Das gewerkschaftlich gewordene Verhältnis zu den konfessionellen Vereinen könne nicht entbehrt werden und müsse daher aufrechterhalten bleiben. Die religiöse Vertiefung könne zuletzt nur dort erfolgen, wo auch weltanschaulich gepflügt werde. Auf dieser Grundlage sind die christlichen Gewerkschaften an erster Stelle mit berufen, an der Gründung von Volk und Wirtschaft mitzuarbeiten. Mit der Aufröderung, reiflos für diese Aufgabe alle Kräfte einzusetzen, fanden die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Darlegungen und die von großem Ernst getragenen Beratungen der Konferenz ihren Ausklang.

Nun gilt es, allerorts die Ruhanwendung zu ziehen durch beharrliche Aufklärung und Kleinarbeit unserer Verband in jeder Richtung auszurufen.

Wiler, Bedum, Delbe.

Infolge der außenpolitischen Verhältnisse befindet sich unser Wirtschaftsleben gegenwärtig in einer kritischen Lage. Die Metall- und Emailindustrie des Kreises Bedum ist ebenfalls dadurch getroffen. Wir sehen Arbeitsstreckungen und Teilschließungen der Betriebe, die die Vorboten größerer Arbeitslosigkeit sind. Noch ist die Not nicht allgemein; noch nicht in allen Werken unseres Kreises. Aber, wenn nicht recht bald geholfen wird, dann wird sie allgemein, dann gibt es eine Katastrophe.

Bei der Firma Balde & Moll in Neubedum werden von 191 Mann Beschäftigte 60 Mann entlassen. Soweit diese nicht anderweitig Arbeit bekommen, sollen sie mit Notstandsarbeiten am Chausseebau Neubedum-Bellern beschäftigt werden. Bei der Firma „Santia“-Bedum stehen von einer 140 Köpfe starken Belegschaft 40 Arbeitnehmer, meist jugendliche und weibliche, in Kündigung. Die übrigen 100 Arbeiter sollen zu 85 Prozent mit Kurzarbeit, die restlichen 15 Prozent abwechselnd voll beschäftigt werden. Die Firma Ellinghaus-Bedum hat 12 Arbeiter entlassen und wird auf jeden Fall noch zu weiteren Entlassungen schreiten. Die Beseja-Werke in Bedum haben gleichfalls eine Anzahl Arbeiter entlassen. Auch in Wiler sind auf verschiedenen Werken Arbeiterentlassungen vorgenommen worden. Die Firma Supe wird wahrscheinlich den Betrieb vollständig schließen.

Mehrere Firmen im Kreise Bedum versuchen nun, die 14-tägige Kündigungsfrist zum Ende des Arbeitsvertrages in 1-tägige Kündigung umzustellen. Gegen dieses Vorgehen haben wir uns bei den betreffenden Firmen sowie bei den in Frage kommenden Instanzen gewehrt. Bei einer Firma konnten wir sogar feststellen, daß Arbeitnehmer mit stündlicher Kündigung eingestellt worden sind. Diese Arbeitnehmer sind allerdings unorganisiert und mit solchen — dachte die Firma jedenfalls — kann es nicht sein. Wir haben in der letzten Woche mit manchen Firmen bez. Stilllegung und Teilschließung der Betriebe im Beisein eines Regierungsvertreters des Landrats verhandelt und viele Arbeiter vor Entlassungen geschützt. Des weiteren haben wir vernommen, daß mehrere Firmen bei der Regierung beantragt haben, bei Stilllegung und Teilschließung ihrer Werke die Sperrfrist von 4 Wochen, die in der Stilllegungsverordnung besteht, zu reduzieren. Wir müssen darauf bestehen, daß diese Frist unbedingt eingehalten wird. Bei Entlassungen müssen ebenfalls Fristen vermieden werden. Auch erwarten wir von den Arbeitgebern, daß sie das, was sie uns bei den Verhandlungen stets versprochen haben, sie wollen auch bei schlechter Konjunktur ihre Leute durchschleppen, in die Tat umsetzen.

Von den Stadt- und Gemeindevorständen erhoffen wir, daß sie die Erwerbslosen mit Notstandsarbeiten beschäftigen. Von der Regierung erwarten wir, daß sie dafür sorgt, daß die Firmen kleine Geldkredite erhalten. Wir haben uns davon überzeugt, daß Firmen trotz größter Sachvermögen nicht einmal tausend Mark Wechsel bei der Reichsbank diskontieren konnten. Wir wollen nicht, daß im Wechsel- bzw. Geldwesen wie im vergangenen Jahre Schindluder getrieben oder die Mark gefährdet wird, müssen jedoch darauf bestehen, daß die Firmen soweit Kredite bekommen müssen, daß ihnen der Lebensnerv nicht durchschnitten wird.

Durch die Annahme des Sachverständigen Gutachtens hoffen wir, daß unsere Wirtschaft Kredite vom Ausland bekommt. Wir Arbeiter wissen aber auch, daß das Sachverständigen Gutachten dem deutschen Volke große Opfer auferlegt. Wir wollen diese aber lieber tragen, als daß wir das Jahr 1923, das Jahr der Inflation, wieder herbei wünschen. Das deutsche Volk muß eine Volksgemeinschaft sein und der Volksgemeinschaftsgedanke dehnt sich: „Jeder trage des Andern Last!“ Wenn alle Deutsche nach diesem Grundsatz handeln, dann können wir auch über den Vorn, vor dem wir stehen, herüber. In uns Metallarbeitern soll es nicht liegen; wir werden auf unserem Posten sein.

Für unsere erwerbslosen Mitglieder haben wir in den letzten Monaten sehr viel getan. Unseren Wohlfahrtsausschuß haben wir zu Anfang des Jahres auf eine breite Grundlage gestellt. Durch seine caritative Tätigkeit konnte 403 bedrängten Familien geholfen werden, und zwar wurden an diese verteilt: 1581 Brot, 10 Zentner Mehl, 207 Liter Milch, kleine Mengen an Kohlen, Kartoffeln, Hülsenfrüchten und Fett. Ferner wurden 181 Familien in besonderen Fällen geholfen. Wenn man bedenkt, daß diese freiwilligen Gaben von unseren eigenen Mitgliedern aufgebracht sind, so können wir mit Befriedigung sagen, daß wir auf dem Gebiete der Nächstenliebe allerlei geleistet haben.

Aus dem oben geschilderten ersieht man, daß viele unserer Mitglieder wieder in eine bedrängte Lage kommen. Jeder Ortsgruppenvorsitzender des Christlichen Metallarbeiterverbandes muß Erhebungen über die bedrängten Familien anstellen und der Verwaltung eingehend darüber berichten. Wir appellieren an das Mitgefühl unserer Mitglieder, den Notleidenden wie in der Vergangenheit zu helfen.

Siegen.

Der Christliche Metallarbeiterverband hielt am vergangenen Sonntag in 28 Orten des Siegerlandes außerordentliche Mitgliederversammlungen ab. Berühmtestes man die vielen Veranstaltungen und Feiern auf anderen Gebieten, dann war der Beifall der Versammlungen erfreulich gut zu nennen. In allen Versammlungen wurde über das gleiche Thema: „Der Kampf um Existenz und Gleichberechtigung in der Metallindustrie“ referiert. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden klar herausgestellt, aber auch nicht verschwiegen, daß die Arbeitgeber im Allgemeinen, namentlich aber im Siegerland, diese wirtschaftliche Lage zu ihren Gunsten gegen die Arbeiter ausnutzen. So haben es die Arbeitgeber ausgezeichnet verstanden, die bereits am 28. April gestellte Lohnforderung hinauszuschieben und stellen auch heute noch alles möglich an, um die Erledigung noch weiter zu verzögern. Diese Behandlung über berechneten Anträge können sich die Metallarbeiter nicht länger gefallen lassen, und es muß daher die Organisation fester als je ausgebaut werden, um die Rechte der Metallarbeiter rasch und wirksam vertreten zu können.

In der Aussprache, die in allen Versammlungen sehr lebhaft war, trat erhellend zu Tage, welche Armut in den Familien der Metallarbeiter infolge der gänzlich unzulänglichen Bezahlung herrscht. Daneben wurde lebhaft bedauert, daß die zu verzeichnende erhebliche Produktionssteigerung lediglich dazu geführt hat, daß von Seiten der Arbeitgeber die Affordpreise unerschöpflich worden sind. Soll diese Produktion jetzt in der heißen Jahreszeit und überhaupt auf die Dauer aufrecht erhalten werden, so muß vor allen Dingen eine Entlohnung erfolgen, die

dem Arbeiter die Möglichkeit gibt, seinem Körper die notwendige Ernährung zuzuführen. Gestagt wurde ferner über die hohen Fleischpreise, die in keinem Verhältnis zu den Preisen stehen, die für Schlachttiere gezahlt werden. Desgleichen über die neuere Belastung der Hauszinssteuer, die von der Arbeiterschaft, ob sie nun Mieter sind, oder ein kleines Eigenheim haben, bei den heutigen Löhnen nicht aufgebracht werden können. Erfreulicherweise machte sich in allen Versammlungen ein starker Organisationswille bemerkbar und dürfte die beschlossene und sofort einsetzende erhöhte Werbetätigkeit dazu führen, daß die reiflose Geschlossenheit in der Metallindustrie bald herbeigeführt wird, die notwendig ist, den Bestrebungen der Arbeitgeber wirksam entgegen zu können.

In allen Versammlungen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Entscheidung.

Der Christliche Metallarbeiterverband, der heute in 28 Versammlungen in den Industrieorten des Siegerlandes Stellung nimmt zur gegenwärtigen Wirtschaftslage, bekennt sich vor wie nach zu dem Gedanken der Volksgemeinschaft. Er bedauert außerordentlich, daß von dieser Volksgemeinschaft in der Reihen der Siegerländer Arbeitgeber leider nichts zu spüren ist. Die momentane Wirtschaftskrise ist von Arbeitgeberseite benutzt worden, die Siegerländer Arbeiterschaft auf das Schwerste zu schädigen und die Zwecke und Ziele der Arbeitgeber rücksichtslos durchzubrechen. Der zugeständenermaßen vorhandene Wille zur Mehrproduktion in der Metallarbeiterschaft, der auch in der übernommenen längeren Arbeitszeit zum Ausdruck kam, ist mit Herabsetzung der Affordpreise bis zu 50 Prozent, Ablehnung bzw. Verschleppung jeder auch der gerechtesten Forderungen auf Lohnerhöhung, und z. T. rücksichtslose Behandlung der Arbeiter beantwortet worden. Bei dieser Behandlung und der vollständig ungenügenden Bezahlung sind die Metallarbeiter infolge der schlechten Bezahlung gegenüber den hohen Kosten der Lebenshaltung nicht in der Lage, die bisher geleistete Mehrproduktion und längere Arbeitszeit über den 1. Juli hinaus zu leisten. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeiterschaft in dieser heißen Jahreszeit infolge Unterernährung und Ueberanstrengung massenweise bei der Arbeit zusammenbricht, machen wir die Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß, wenn nicht eine grundlegende, mehr soziale Verändrung einwirkende Veränderung im Verhalten der Arbeitgeber eintritt, die Siegerländer Wirtschaft vor ersten Konflikten kaum bewahrt werden kann. Die Metallarbeiterschaft wird ersucht, sich angesichts der geschaffenen Lage fester als je im Christlichen Metallarbeiterverband zusammenzuschließen und für eine reiflose organisierte Metallarbeiterschaft zu werden.

Soziale Literatur

In der „Germania“ schreibt Dr. Joh. Dietkes über soziale Literatur und bezieht sich auf die bekannten „Mäcker der Arbeit“ (Herausgeber Eduard Herzog und Georg Wieber) wie folgt:

In weiteren Schriften nenne ich hier kurz die Sammlung „Mäcker der Arbeit“ (E. G. Verlag, Duisburg a. Rh.), von denen vier unter diesem Abdruck fallen: „Christentum und soziale Idee von Georg Wieber, ein Band, der mit viel Geist geschrieben und durchgeführt ist; die moderne Gewerkschaftsbewegung von Theod. Brauer; Volksgemeinschaft und Sozialpolitik von Prof. Dr. Duntmann, fesselnd durch Aufhebung von Sinn und Wesen der Volksgemeinschaft und schließlich die gründlichen, aber etwas schwer verständlichen „Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik“ von Prof. Dr. H. Brieis. — An kleineren Beiträgen für das Gebiet der sozialen Frage ist nach wie vor Ernst Kühnes Werk „Das soziale Gemeinschaftsleben im Deutschen Reich“ (Volkswirtschaftsverlag M.-Gladbach) eine treffliche Einführung; in erster Linie für die sozialen Frauenschulen und Bildungsanstalten geschrieben, wird das Werk seiner fesselnden Darstellungsweise wegen auch gern von anderen gelesen. Ein Gegenstück dazu ist die von Professor Brauer geschriebene „Wirtschaftslehre“ (Volkswirtschaftsverlag M.-Gladbach), verfaßt für die Mitglieder der Gesellenvereine; es paßt jedoch auch in die Hand des Gewerkschaftlers. Das „Soziale Handbuch“ von L. Weber (Agentur des Rauhen Hauses, Hamburg) ist mit Recht wegen seines reichhaltigen Stoffes und der gründlichen Bearbeitung der einzelnen Themen durch bekannte und erfahrene Fachmänner sehr geschätzt; das gilt auch von dem „Leitfaden für die soziale Praxis“ von Dr. Rehbach (Verlag Herder, Freiburg).

Die Gewerkschaftler von heute müssen das Bestreben in sich tragen, sich Kenntnisse zu verschaffen. Dazu dient auch die hier kurz skizzierte Literatur.

Bekanntmachung

Sonntag, den 6. Juli ist der 28. Wochenbeitrag fällig.

Briefkasten

In Betscheldene in Essen. Es ist zu verstehen, daß auch die Agitationserfolge von Köln und Stolberg in der Nähe stehen und ihr auch den Rang nicht gern ablaufen lassen wollen. Ihr habt sicherlich allerlei Erfolge erzielt. Aber warum laßt ihr nach der Seite hin nichts von euch hören.

J. M., Duisburg. Daß dein Agitationssturmtrupp noch lebt, wurde von verschiedenen Seiten lobend bezeugt. Warum stellst ihr aber eurer Licht unter den Scheffel?

H. Hüttenheim. Besten Dank für den Artikel. Der Jubiläumsartikel geht mit. Was den Artikel über die Gewerkschaftssekretäre anbelangt, so ist er ohne Zweifel wahr, und das Lob dürfte auch wohl angebracht sein. Aber gerade aus dem Grunde wollen wir darauf verzichten.

Anzeigen

In keinem Haushalt sollte eine Schwarzwälder Kuckucksuhr fehlen!

Ich liefere solche in Friedensqualität, Höhe 30 cm, prachtvoll geschnitten, solid u. dauerhaft gearbeitet, mit la Messingwerk, halbstündlich einmal und schließlich die volle Stundenzahl „Kuckuck“ rufend, für nur Rentenmark 12,60 pro Stück. Versand p. Nachn. Porto u. Verpackung nicht berechnet. Zahl. freiw. Dankschr. Bestell. Sie sof. bev. der Vorrat verkauft ist. Erich Lutz, Leipzig-R. 3 Elsasstr. 6 Postcheck-Konto 58045 Leipzig.

Neu erschienen:

Ritter Taschenbuch für den Dreher und Schlosser des Maschinenbaues. Mit vielen Tabellen und Abbildungen. A. Ritter, Obernigk b. Breslau. Preis 3.50 G.-M.
 BÜCHER technische Verzeichnisse. Dr. Max Jänecke, Leipzig, Hospitalstraße 10.